



**Universität
Zürich^{UZH}**

Rechtswissenschaftliches Institut

**bratschi
wiederkehr
& buob**

Schadensberechnung und Schadensüberwälzung

Prof. Dr. Rolf H. Weber

St. Galler Bankrechtstag

Freitag, 24. Juni 2011



Inhaltsverzeichnis

Schadensberechnung und Schadensüberwälzung

- 17 Folien
- Christophe Rosat, Der Anlageschaden, Diss. Bern 2009, 66-114
- BGE 137 III 16-24
- Beispiele für AGB-Bestimmungen



Schadensverursachung

Fehlerhafte Überweisung

Empfehlung eines Anlageberaters

Emissionsprospekt

Finanzanalyse

Ad-hoc- oder andere Mitteilungen eines Unternehmens



Schadenskomponenten

Wertverlust der Titel

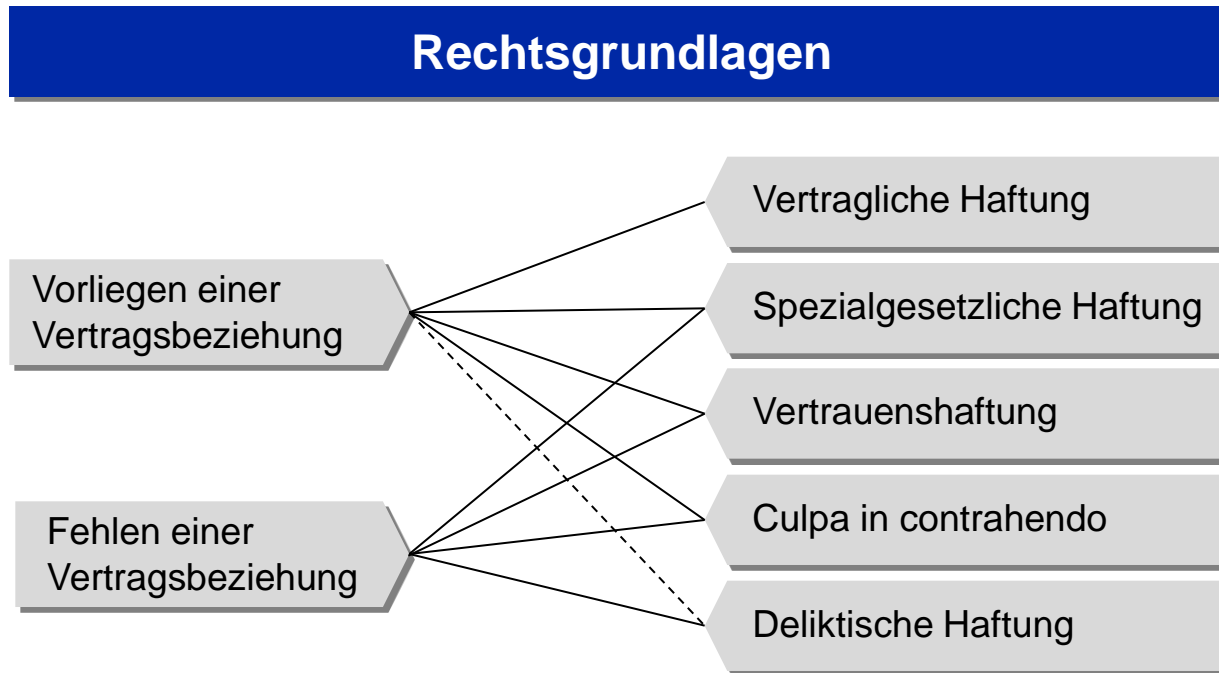
Schaden aus Drittfinanzierung/Schadenszins

Entgangener Gewinn

Allgemeine Aufwendungen

Vorteilsanrechnung

Schadensminderungspflicht





Schadensbegriff

Traditioneller Schadensbegriff

Differenztheorie

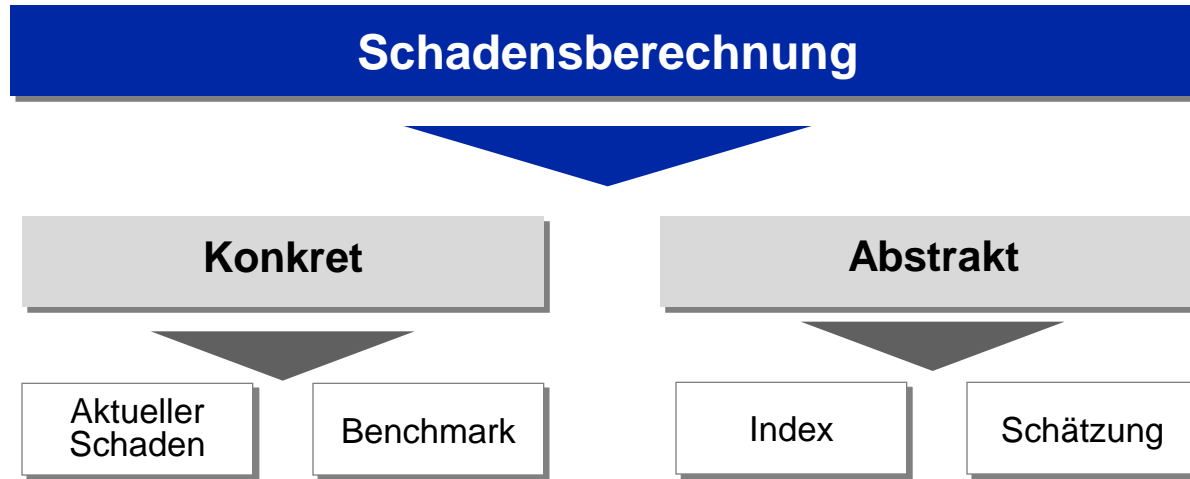
Positives und negatives
Interesse

Sonderaspekte im Bankgeschäft

Geschädigter hätte bei
korrekter Informationslage das
Anlagegeschäft nicht getätigt

Geschädigter hätte dafür ein
Alternativgeschäft getätigt

Geschädigter hätte
Anlagegeschäft zu einem
anderen Preis getätigt





Schadensüberwälzung



Fehlerhafte Überweisung

- Rechtsproblem
- Mögliche AGB-Klausel



Schadensminderung wegen Selbstverschulden

- Rechtsproblem
- Mögliche AGB-Klausel



Virtueller Schaden

Notwendige Schadensrealisation durch Geschädigten?

Anforderungen bei fehlender Schadensrealisation

Indikative Realisation

Beweisindizien

Formulierung einer AGB-Klausel



Schadenschätzung

Minimumanforderungen an Geschädigten

Richterliches Ermessen ↔ Annäherung

Schadenseintritt

Schadenshöhe

Formulierung einer AGB-Klausel



Zeitpunkt der Schadensberechnung

Vertragsbeendigung

Verkauf der pflichtwidrigen Anlage

Kauf der Anlagen bei weisungswidrig zu spätem Erwerb

Tag des Urteils der letzten kantonalen Instanz

Sonderproblem: Verjährung

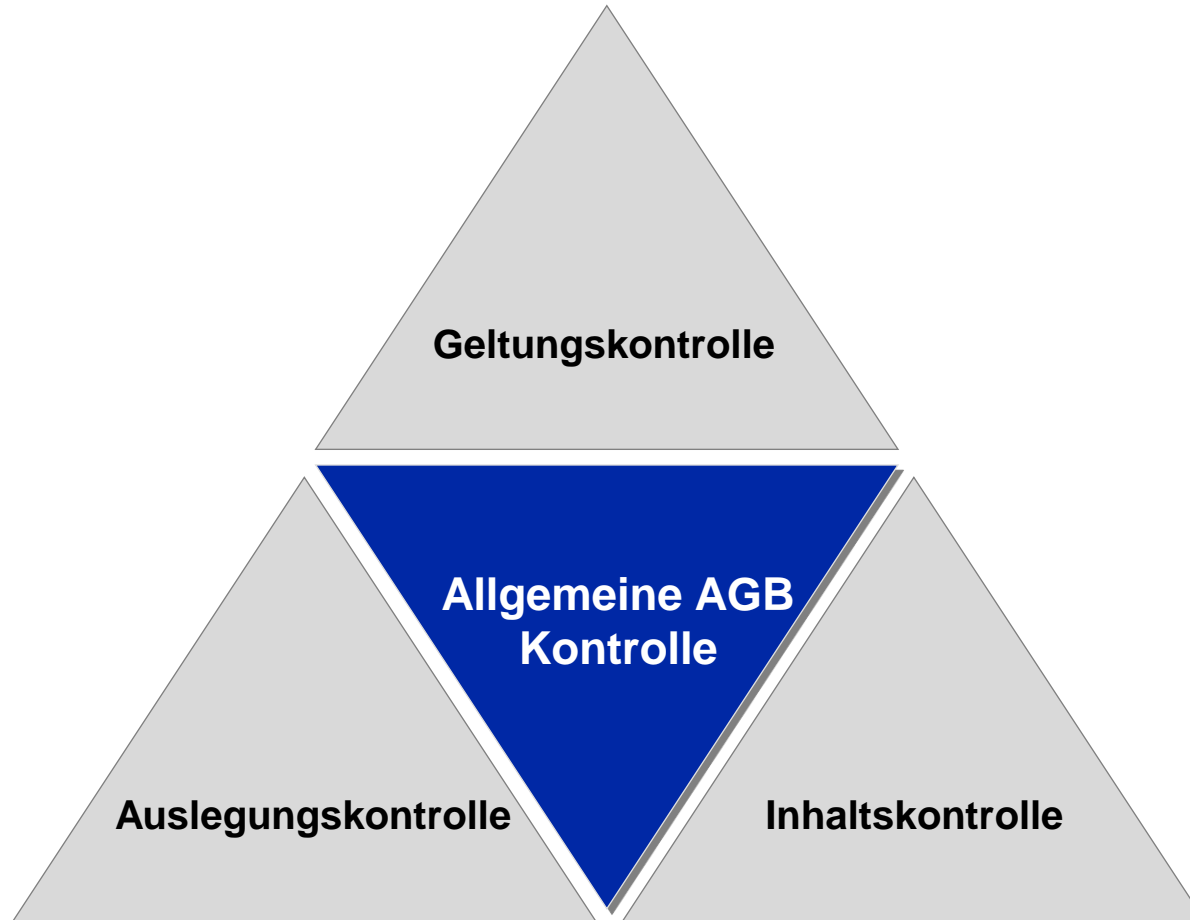


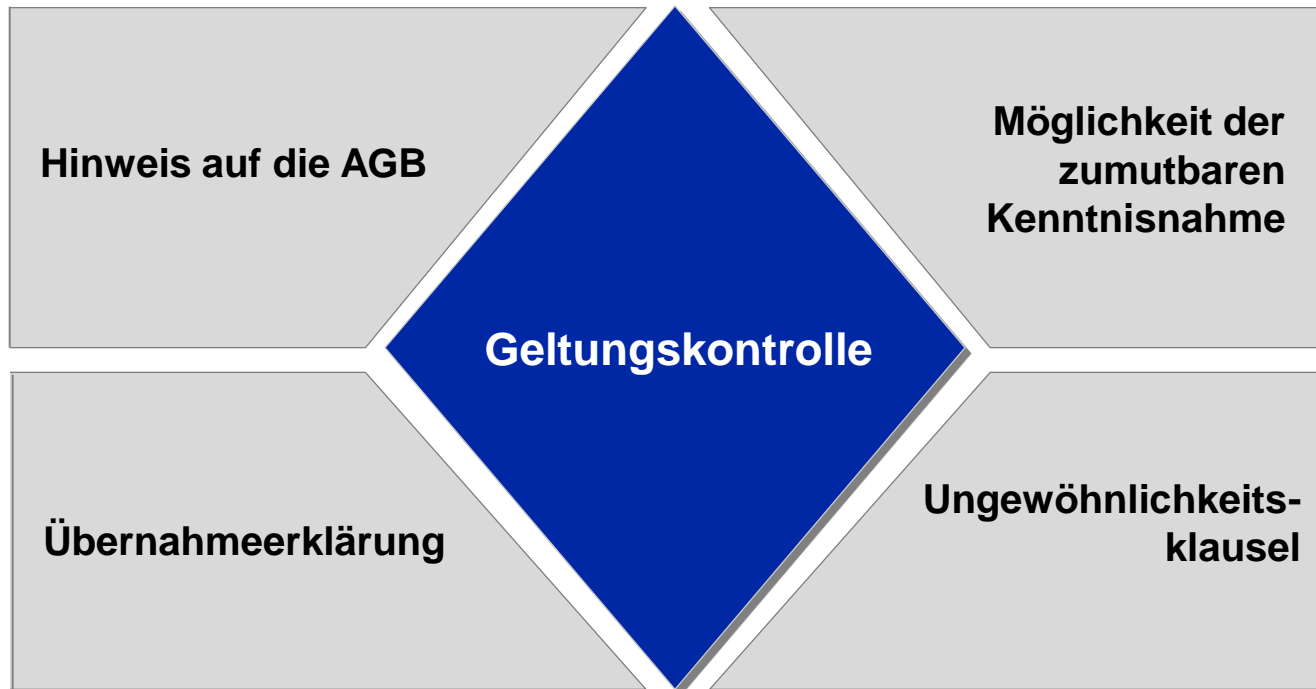
AGB-Kontrolle

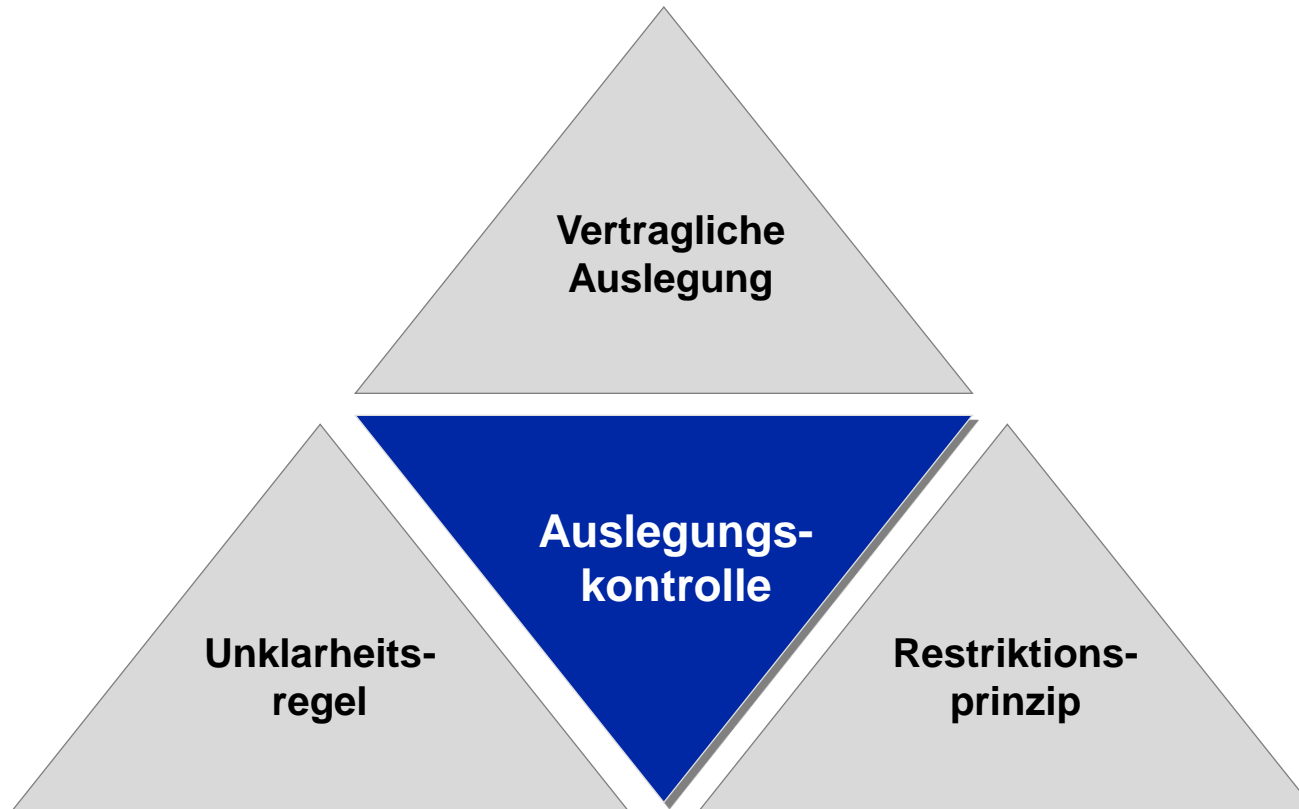
Schweiz: keine spezialgesetzliche Regelung

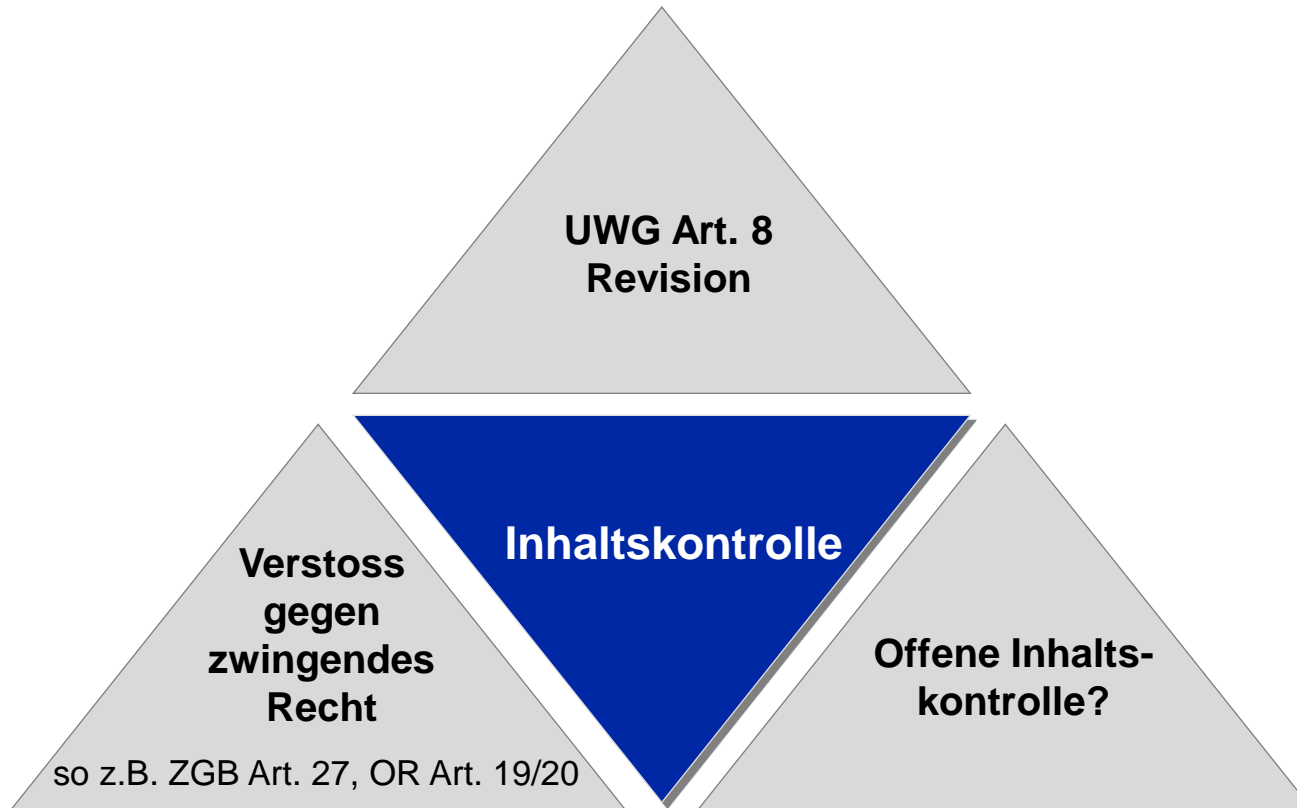
EU: Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr

Deutschland: AGBG (seit 2002: im BGB)











UWG-Revision

Bundesrat, September 2009

- Verstoss gegen Treu und Glauben
- Erhebliche Abweichung von gesetzlicher Ordnung
- Ungerechtfertigtes Missverhältnis im Leistungsprogramm

Ständerat, Herbst 2001

- Zustimmung zu Bundesrat

Nationalrat, März 2001

- Wiedereinführung des Irreführungskriteriums

Ständerat, März 2011

- Übernahme EU-Regelung, Schutz benachteiligter Konsumenten

Nationalrat, 31. Mai 2011

- Ablehnung Kompromiss